

»Eine wahrhaft radikale Revolution muss ihre Poesie aus der Zukunft schöpfen«

Srećko Horvat im Gespräch mit Florian Borchmeyer

Srećko Horvat (*1983 in Osijek, SFR Jugoslawien) ist Philosoph, Autor und politischer Aktivist. In seinen Büchern und Aufsätzen verhandelt er Themen wie kapitalismuskritische Bewegungen, Postkolonialismus und die Entwicklung Europas. Gemeinsam mit Slavoj Žižek veröffentlichte er »Was will Europa? Rettet uns vor den Rettern« (LAIKA-Verlag, 2013), 2016 erschien sein Buch »Die Radikalität der Liebe« (LAIKA-Verlag, 2016). 2019 wird sein neues Buch »Poetry from the Future« (Penguin, 2019) veröffentlicht. Er ist Mitbegründer der Bewegung DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025), die sich für die gemeinsame Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung für die Europäische Union einsetzt. Im Rahmen des Kongresses »Welche Linke wollen wir?«, der im November 2018 an der Schaubühne stattfand, traf er Florian Borchmeyer, Leitender Dramaturg an der Schaubühne, zu diesem Gespräch.

Florian Borchmeyer: In der aktuellen, sich stetig verschärfenden Situation in Europa und der Welt, in der die Linke sich zusehends selbst zerstört und die extreme Rechte ein immer engermaschigeres Netz von populistischen Bewegungen und Regierungen knüpft, fragen wir uns als Intellektuelle und Künstler_innen vermutlich fast alle: Was können wir tun? Wie können wir auf diese sich rapide wandelnde Wirklichkeit einwirken? Du bist von allen, die ich kennengelernt habe, der erste und einzige, der sagt: Die Konsequenz ist, eine neue Partei zu gründen. Was denkst du, damit erreichen zu können?

Srećko Horvat: In Deutschland gibt es ein Wort, das weitreichende Implikationen hat, auch wenn es heute vorwiegend in reaktionären Kreisen verwendet wird: »Kulturkampf«. Wir, die wir aus dem Kulturbereich kommen – Künstler_innen, Philosoph_innen, Denker_innen – haben wunderbare Kulturveranstaltungen, internationale Festivals und Theater, die sowohl Begegnungen als auch die Zirkulation von Ideen ermöglichen. Aber wir sind es auch, die die Kultur nach dem Mauerfall nicht ernst genug genommen haben. Ich sage das als jemand, der vom Rand der EU kommt, aus Kroatien, wo dieser Trend immer radikaler wird: Die Rechtspopulisten nehmen die Kultur heute viel ernster als wir, sie verstehen, dass sie eben durch die Kultur, den »Kulturkampf«, die Menschen inspirieren und Institutionen verändern, diese besetzen und letztlich an die Macht gelangen können. In Kroatien war es eine der ersten Maßnahmen der Rechtsextremisten, die eine Zeit lang Teil der Regierung waren, die Institutionen zu besetzen und z. B. ihre

eigenen Leute in den wichtigsten Theatern in Zagreb zu installieren. Jetzt versuchen sie, das Kroatische Nationaltheater, an dem ich auch ein Projekt mache, zu zerstören und die Mittel für Festivals und öffentliche Veranstaltungen zu kürzen. Sie haben begriffen, dass man kritische Gedanken am besten über die Kultur teilen kann. In Ungarn passiert etwas ganz Ähnliches, die Redaktionen unabhängiger Kulturmagazine werden geschlossen, und ich glaube, diese Entwicklung erreicht bald auch wieder das Herz der Europäischen Union. Auf der anderen Seite gibt es die absolute Kommerzialisierung der Kunst oder sogar die Aneignung des subversiven Potenzials der Kunst. Am besten wurde das durch Banksys Aktion im Auktionshaus Sotheby's deutlich: Sein Bild hat sich direkt nach der Versteigerung selbst zerstört, woraufhin sich dessen Preis sofort verdoppelt hat. Daran kann man sehen, wie schön es ist, so ein subversives, intelligentes Kunstwerk zu schaffen, das mehr als es selbst wird. Aber es ist ein individueller Akt und sehr oft ist Künstler_innen und Kulturschaffenden nicht bewusst, dass sie bereits ein Kollektiv bilden, das am »Kulturkampf« teilnehmen könnte. Was bei Banksy also fehlt, ist eine kollektive Aktion, die weitaus radikalere Konsequenzen gehabt hätte, als einfach den Wert des Kunstwerks zu verdoppeln.

Wir brauchen heute eine Kombination aus Horizontalität und Vertikalität

Ich versuche jetzt deine Frage »Warum eine politische Partei?« zu beantworten. Ich bin kein Fan politischer Parteien und

war nie Mitglied in einer. Meine ersten Erfahrungen sammelte ich recht früh im postsozialistischen Kroatien. Sie sind durch Ereignisse wie die studentischen Besetzungen 2008/09 geprägt, als wir 20 Fakultäten in Kroatien besetzten, um die Privatisierung der Bildung aufzuhalten, später dann Occupy Wall Street oder die Proteste am Syntagma-Platz. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde mir klar, dass dieser Fetischismus der Horizontalität, der direkte Demokratie bedeutet, zwar eine schöne Idee ist und wir ihn anstreben sollten, aber dass es auch so etwas wie »Leadership« braucht. Und mittlerweile sprechen davon ja auch andere Teile der Linken, so wie Michael Hardt und Antonio Negri, die eigentlich stets Verfechter der »Multitude« waren, also von der »Vielheit« von Personen, Subjekten und »Singularitäten, die gemeinsam handeln«, wie Negri es definiert. Denn ohne etwas, das man »abstrakte Vertikalität« nennen könnte – nicht im Sinne eines Anführers, der die Entscheidungen trifft, sondern vielmehr eines ausgebauten Systems der Entscheidungsfindung – bleibt die Linke meiner Meinung nach impotent. Wir brauchen heute eine Kombination aus Horizontalität und Vertikalität – und an dieser Stelle kommt die Relevanz einer politischen Partei ins Spiel, sowohl als Konzept, als auch als Praxis, die es zu verändern gilt.

FB: Du hast einmal soziale Bewegungen mit Ecstasy verglichen: Am Tag nach der Euphorie des aktivistischen Protests wächst du mit einem Kater wieder auf und eigentlich ist keine Struktur geschaffen. Tariq Ali hat einmal in einem Interview zu dir gesagt: All diese Bewegungen gleichen den Bauernaufständen des Mittelalters.

Sie kommen mit großer Energie auf, ebbend wieder ab, ohne die Situation als solche verändert zu haben, und wenn die Situation wieder unerträglich wird, kommen die nächsten – mit ähnlichem Resultat. Die entscheidende Frage ist also: Wie institutionalisierst du eine politische Bewegung, wie schaffst du Strukturen? Antonio Negri sagte mir in einem Gespräch dazu erst kürzlich: »Sicherlich nicht mithilfe von Parlamenten und Parteien«. Sie sind, so Negri, ein Konzept aus der Nachkriegszeit, als man in den westlichen Demokratien dachte, damit eine echte Möglichkeit der Partizipation aller Bürger_innen zu schaffen – insbesondere der abhängigen und ausgebeuteten Arbeiter_innen und Beschäftigten. Doch in der heutigen (wie Negri es nennen würde: »post-fordianischen«) Gesellschaft ist eine Institution der politischen Repräsentation – eine Partei, ein Parlament – überhaupt nicht mehr der Ort, an dem Gesellschaft stattfindet. Es ist vielmehr das Leben in der Stadt, der urbane Raum selbst, der für den Großteil der Menschen heute den gesellschaftlichen Lebensraum darstellt. Und in diesem Raum sind es die Bereiche des Gemeinsamen, wo Politik stattfindet. Parteien oder Parlamente können den Willen dieser »Multitude« überhaupt nicht mehr greifen.

SH: Ich stehe dem Konzept der Multitude kritisch gegenüber, aber diese Analyse trifft insofern zu, als der Widerstand an den Orten auftreten muss, an denen die Kapitalkonzentration am größten ist: in der – um Saskia Sassen zu zitieren – »globalen Stadt«. Die Stadt ist für die Multitude heute, was für die Arbeiter_innen die Fabrik war. Aber in dieser Vorstellung liegt auch eine Falle. Sie kann zu optimistisch sein: Wir leben alle in den Städten, nutzen Technologien, organisieren uns, wir veranstalten Vollversammlungen an Theatern – als wäre es möglich, auf diese Weise aus dem globalen Kapitalismus auszutreten.

Wir brauchen heute einen kurzen Marsch durch die Institutionen.

Als wäre es möglich, eine radikal andere Welt außerhalb dieser zu erschaffen, wenn die Zeit reif ist, den Laden zu übernehmen, wenn die alten Institutionen zusammengebrochen sind. Das ist utopisches Denken, aber auf eine schlechte Weise. Warum? Weil diese Institutionen nicht von selbst verschwinden werden. In Kroatien ist die Linke zum Beispiel nicht

gut genug organisiert, um Institutionen zu besetzen, es sind die rechten Populisten, die das tun. Niemand auf der progressiven Seite ist bereit, diese Drecksarbeit zu machen. Rudi Dutschke nannte es »den langen Marsch durch die Institutionen«. Wir brauchen heute einen kurzen Marsch durch die Institutionen. Man ist auf der Straße, man ist ein Teil von #unteilbar, setzt sich für Geflüchtete ein, aber zugleich tut man sein Bestes, um die Institutionen von Innen heraus zu verändern. Ich glaube, es ist nicht mehr möglich, diesen Abstand zu haben, rauszugehen und dann das zu sein, was Hegel »die schöne Seele« nennt: Ich gehöre nicht dazu, ich kann kritisieren und werde bis ans Ende meines Lebens immer Recht haben, weil ich mich nie an einem konkreten politischen Kampf beteiligt habe.

FB: Dann aber einmal von der anderen, nicht außerparlamentarischen, sondern parlamentarischen Seite aus gefragt: Braucht es dafür tatsächlich eine neue Partei? Man kann ja Teil von #unteilbar oder Welcome United sein (so wie bei uns einige an der Schaubühne) und zugleich aktiv in einer bestehenden linken Partei. Bedeutet eine weitere linke Partei nicht das Risiko einer weiteren Fragmentierung der Linken als Ganzes, die dann handlungsunfähig wird?

SH: Das größte Problem für die bestehenden Parteien in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, sind die bestehenden Parteien selbst. Eine neue Partei kann die Linke nicht weiter fragmentieren, da die linken Parteien in Europa bereits fragmentiert sind: Da sind einerseits die Nationalisten, die sich für den Austritt aus der Eurozone starkmachen, und andererseits die Internationalisten, die Europa von innen heraus verändern wollen, ohne die Eurozone zu verlassen. Die gleiche Teilung gibt es bei den Grünen und den Sozialdemokraten. Deshalb brauchen wir neue Kräfte, das war von Anfang an unser Ansatz bei DiEM25. Und wir haben trotz bekannter Differenzen wirklich gute Beziehungen zum progressiven Teil von DIE LINKE, der von Katja Kipping vertreten wird. Wir haben gesagt: Das ist unser Programm, zeigt uns euer Programm und dann suchen wir nach Gemeinsamkeiten. Aber wenn es an die Wahlen geht, gibt es immer den Konformismus von Mitgliedern der etablierten Parteien, die lieber in der gleichen fragmentierten Struktur bleiben

wollen, mit Leuten, deren Grundüberzeugungen sie teilen, anstatt den Versuch einer Einigung auch außerhalb der Parteigrenzen zu unternehmen.

FB: Noch einmal konkret nachgefragt: Was ist euer Ziel mit dieser Partei DiEM25? Was glaubt ihr, im Unterschied zu den bestehenden linken Parteien erreichen zu können? Könnt ihr die Spaltung überwinden?

SH: Zunächst sollten wir damit aufhören, immer gleich zu fragen, wer der »Herr« sein wird. Im Sommer 1968 gab es den berühmten Ausspruch von Jacques Lacan »Ihr wartet nur auf einen neuen Herren« – und das lässt sich oft beobachten. In diesem Sinne sehe ich DiEM25 als progressiv: Wir haben von Anfang an versucht, Kräfte zu vereinen, auch mit anderen linken Bewegungen. Von anderen in Europa – wie »Aufstehen« oder Jean-Luc Mélenchons »La France Insoumise« – unterscheiden wir uns allerdings dadurch, dass wir nicht auf Nationalismus oder Populismus als Lösung setzen, sondern einen radikalen Internationalismus vertreten. Wir versuchen, die Politik bereits transnational umzusetzen. Das bedeutet beispielsweise, dass Mitglieder aus Frankreich, Griechenland, Kroatien zusammen mit unseren deutschen Kolleg_innen unser deutsches Programm entwickeln, weil wir davon überzeugt sind, dass das, was in Deutschland passiert, nicht nur Deutschland betrifft.

Die nationalistische Linke hat keine Lösungen für globale Probleme.

Es gibt den gut entwickelten Westen, der auch seine Probleme hat, und es gibt die Peripherie der Europäischen Union, die unter den Krisen noch stärker leidet. Die nationalistische Linke hat dafür keine Lösung anzubieten. Sie hat keine Lösungen für globale Probleme wie den Klimawandel oder all die anderen Herausforderungen, die auf uns zukommen. Airbnb oder Uber zum Beispiel stellen uns vor Schwierigkeiten, die man nicht einfach in Berlin oder Frankfurt oder Barcelona lösen kann, weil sie alle mit großen Firmen im Silicon Valley zusammenhängen und somit europäische Probleme sind. Oder die globalen Migrationsbewegungen. Ich spreche hier gar nicht von der sogenannten »Flüchtlingskrise« von 2015, die durch noch nicht einmal eine Million Geflüchtete in Deutschland

enorme Debatten ausgelöst hat. Der Weltbank und der UN zufolge können wir aufgrund des Klimawandels im nächsten Jahrzehnt mit hunderten Millionen von Geflüchteten rechnen. Was will die nationale Linke tun, wenn 100 Millionen Menschen nach Europa fliehen? Ich glaube nicht, dass die Lösung darin bestehen kann, mehr Mauern zu bauen und an der Illusion von nationaler Souveränität festzuhalten. Ich glaube, dass auch die naive Linke, die einfach sagt »Öffnet die Grenzen!« – eine Linke, der ich mich sehr nahe fühle – keine Lösung für dieses Problem anbietet.

FB: Gleichzeitig hast du zuvor schon zweimal darauf verwiesen, was die Rechten oder die Faschisten besser können als wir: mobilisieren, die Institutionen besetzen, sie für ihre Zwecke funktionieren lassen. Viele fragen sich heute: Warum sind die Rechten mit ihren Rezepten rein pragmatisch betrachtet erfolgreicher? Eine Überlegung, die zu formulieren vor ein paar Jahren niemand in der Linken gewagt hätte: Was können wir von den Rechten lernen? Inzwischen ist das relativ populär geworden, Chantal Mouffe fordert das recht offensiv. Sehr gut funktioniert das derzeit offenbar über das Nationale: über Gefühle für Heimat und kulturelle Identität. Von Rechten lernen würde demzufolge bedeuten, von linker Seite dieselben Gefühle zu mobilisieren. Muss die Linke also nationalistisch werden, um zu überleben?

Die Linke braucht die Liebe, um sich neu zu erfinden.

SH: Absolut nicht, ganz im Gegenteil. Der einzige Punkt, in dem ich Chantal Mouffe zustimme, ist, dass die Politik der Affekte zur wichtigsten Politik wird. Ich habe das Buch »Die Radikalität der Liebe« geschrieben, in dem ich auch behauptete, dass die Linke die Liebe braucht, um sich neu zu erfinden, damit sie für alle relevant ist und dann natürlich Menschen anzieht, die sich von der Linken eigentlich nicht angezogen fühlen. Ich stimme ihr aber nicht darin zu, dass die einzige Möglichkeit, die wir heute haben, ist, von rechten Populisten zu lernen. Die Linke selbst war viel erfolgreicher darin, Menschen über Grenzen hinweg zu inspirieren. Schauen wir uns die Geschichte an, die internationalen Brigaden in Spanien zum Beispiel. Die sind der beste Beweis dafür, dass die Linke Grenzen überwinden kann.

Kommunisten aller Länder bildeten Einheiten, um gegen den spanischen Faschismus zu kämpfen. Weil sie wussten, dass der Faschismus, wenn er erstmal in einem europäischen Land Fuß gefasst hat, auch in andere Länder kommen wird. Die Lösung ist also nicht der Rückbezug auf die eigene Nation, sondern die Bildung internationaler Brigaden. Es gilt, alle Länder auf europäischer Ebene zu verbinden, und das ist zugleich ein antikolonialer und ein anti-imperialer Kampf.

Was der Linken heute auch fehlt, ist die Musik.

Was der Linken heute übrigens auch fehlt, ist die Musik: Bei jedem linken Treffen oder Parteikongress wird in der Regel »Bella Ciao« gespielt, was ein tolles Lied ist, aber es ist ein Lied aus der Vergangenheit. Es gibt keine Verbindung der Linken in Europa oder anderswo in der Welt zu aktueller Musik. Wenn ich von »Musik« spreche, benutze ich das Wort auch im metaphorischen Sinne: Wir brauchen neue »Sounds« damit die Linke erfolgreich sein kann. Wir leben im 21. Jahrhundert in einer vollständig neudefinierten politischen Situation, in der Politik nicht mehr über die Medien gemacht wird, über Zeitungen oder Fernsehen, sondern über Memes. Schauen wir uns den erfolgreichen Bolsonaro in Brasilien an und die Rolle, die WhatsApp spielte, oder Cambridge Analytica und Facebook und die Rolle, die sie beim Brexit oder beim Sieg von Trump gespielt haben. Die Menschen haben keine Aufmerksamkeitsspanne mehr. Sie scrollen sich zu Tode, sie fliegen wie Schmetterlinge von einer Nachricht zur nächsten. In diesem Sinne muss die Linke auch die Sprache neu erfinden, wenn man so will.

FB: Bolsonaro hatte nicht die bessere Musik. Quasi alle bedeutenden, weltbekannten brasilianischen Musiker_innen, die teils einst schon gegen die Militärdiktatur gekämpft hatten, mobilisierten gegen ihn. Doch trotz ihrer Berühmtheit haben sie die Mehrheit der Wähler_innen damit nicht erreicht. Bolsonaro dagegen schon – als erklärter Verfechter ebendieser Militärdiktatur, deren Verbrechen die Mehrheit offenbar nicht interessiert. Ein Kampf der Vergangenheit. Du beziehst dich auf die internationalen Brigaden von 1936, in deren Hymne es hieß: »Unser Herz ist international« und »Hoch die Fahne der Solidarität«. Natürlich

identifizieren wir uns damit, du und ich und viele andere, und eigentlich sollte diese Botschaft in einer globalisierten Welt aktueller sein denn je. Dennoch ist sie aus derselben Zeit wie »Bella Ciao«: eine Botschaft der Vergangenheit, mit demselben Schicksal. Doch warum kann Solidarität heute nicht genauso stark oder stärker sein als nationale, xenophobe und sich abgrenzende Instinkte? Was muss die Linke leisten, um diese solidarischen Emotionen mobilisieren zu können, die noch vor einigen Jahrzehnten Menschen aus der ganzen Welt unter Einsatz ihres Lebens nach Spanien in den Krieg ziehen ließen?

SH: Das ist eine schwierige Frage. Nehmen wir mal an, die internationale Solidarität sei nicht mehr so stark, wie sie einmal war. Einer der Gründe dafür ist die radikale Transformation des Kapitalismus selbst. Seit der sogenannten »Finanzialisierung« in den 1970ern wird der Kapitalismus immer mehr zu dem, was Franco »Bifo« Berardi »Semiokapitalismus« nennen würde – das bedeutet, er wirkt in einer abstrakten Welt der Wörter und Zeichen, die keine direkte Verbindung zu unserer materiellen Wirklichkeit hat, obwohl sie diese beeinflusst und verändert. Und dann gibt es noch das, was Maurizio Lazzarato die »tiefe Veränderung« der individuellen Beziehungen nennt. Er erfand den Ausdruck »Selbstunternehmer«. Letztlich wird so Margaret Thatchers Motto wahr, dass es so etwas wie eine Gesellschaft gar nicht gibt, sondern nur Individuen. Dann gab es in den 1980ern Austeritätspolitik, nach dem Mauerfall in den 1990ern dann die Proklamation, dass mit dem Sieg des Kapitalismus das Ende der Ideologien und das Ende der Geschichte eingetreten sei. Aber dann folgte die tiefe Veränderung der menschlichen Beziehungen. Das ganze Wohlfahrtssystem – Gesundheitsvorsorge, Bildung, die bis zu einer bestimmten Grenze kostenlos und für jeden verfügbar war – wurde verändert. Und ich denke, das ist einer der Gründe für das Verschwinden der Sozialdemokratie: Sie fand einfach keine Antwort auf dieses Problem. Wenn das soziale Netz verschwindet, dann gibt es nur noch Individuen und Familien, kleine Gruppen, die in Konkurrenz zu anderen Gruppen stehen. Es gibt Facebook und Instagram, jede_r promotet sich selbst auf eine ganz narzisstische Weise. Aber es gibt keine wirklichen Beziehungen und

keine Solidarität. Die Linke hat das Problem nicht erkannt und kann keine Antworten geben. Wenn sie irgendeine Zukunft haben will, muss sie die Sicherheitsnetze anbieten, die durch die radikale Veränderung des Kapitalismus mehr und mehr verschwinden.

Die Linke muss der Angst die Hoffnung entgegensetzen.

Die rechten Populisten verstanden es auch sehr gut, die Angst zu instrumentalisieren. Die Angst davor, dass Geflüchtete, Fremde, Ausländer »unsere Arbeit« wegnehmen. Die Rechten suggerieren dann, dass es unsere einzige Möglichkeit ist, uns abzuschotten. Die Linke muss der Angst die Hoffnung entgegensetzen. Ich glaube, Hoffnung wird eins der zentralen Konzepte. Mit »Hoffnung« meine ich keinen naiven Optimismus, dass alles besser wird. Nein, es wird vermutlich schlimmer. Aber mit uns, mit unseren Aktionen, unseren Überzeugungen könnte es wieder besser werden. Das ist die Art von Hoffnung, die ich meine: eine mutige Hoffnung, die die Menschen inspirieren kann. Wenn die Rechtspopulisten die Angst nutzen, dann muss die Linke die Hoffnung nutzen.

FB: Das ist tatsächlich das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten forderte: Verzicht, in Eigenverantwortung den Gürtel enger schnallen und nicht mehr auf einen fürsorgenden Staat setzen. Allerdings finde ich es geradezu verdächtig, dass sich heute quasi die gesamte Linke – und nicht zuletzt auch die Sozialdemokratie selbst – davon als Sündenfall und Irrweg abgrenzt, während die Reformen der Sozialdemokraten allein noch von den Wirtschaftsliberalen und Rechten verteidigt werden. Was mich so stutzig macht: Wenn es wirklich so offenkundig falsch und zerstörerisch war – warum haben es dann quasi alle sozialistischen Parteien der westlichen Welt in ähnlicher Weise mitgemacht, in Europa und darüber hinaus? Spricht daraus nicht auch ein eklatanter Mangel an politischer Fantasie?

SH: Weil es der historische Kontext und die Umstände der Sozialdemokratie noch erlaubten, zu existieren. Von ihren historischen Ursprüngen, dem Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, bis, sagen wir mal, in die 1990er. Sie war bis zu einem gewissen Grad erfolgreich, weil

der Kapitalismus die Demokratie noch brauchte. Doch seitdem haben sich die Bedingungen verändert: Der Kapitalismus braucht die Demokratie nicht mehr. Wenn man also keine Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit mehr schließen möchte, dann sagt der Kapitalismus: »Verpiss dich! Wir finden billige Arbeitskräfte in Asien, die deinen Job machen.« Der ganze historische Kontext verändert sich. Heute sind die meisten linken Parteien nur Variationen der alten Sozialdemokraten, weil sie keine »Fantasie« haben. Sie ziehen sich auf Lösungen aus der Vergangenheit zurück, wie die moderate Umverteilung des Wohlstands, diese Thomas-Piketty-Utopie, in der alle ein Stückchen vom Kuchen bekommen und alle zugleich denselben Kuchen essen. Karl Marx sagte in »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, dass die meisten sozialen Revolutionen ihre Inspiration aus der Vergangenheit ziehen. Er kritisierte die Französische Revolution, die von römischen Symbolen der Gleichheit inspiriert war. Aber eine wahrhaft radikale Revolution muss ihre Poesie aus der Zukunft schöpfen. Um es anders zu sagen: Anstatt die Umverteilung des Wohlstands zu propagieren, warum sagen wir da nicht klar und deutlich, dass es unmöglich ist, dass eine Person zehn Millionen Dollar besitzt und eine andere mit einem Dollar am Tag überleben muss? Es geht darum, eine Gesellschaft aufzubauen, in der das nicht mehr möglich ist. Hier braucht die Linke Vorstellungskraft, Fantasie und Technologieverständnis.

Wir brauchen jetzt Lösungen aus der Zukunft und nicht aus der Vergangenheit.

Ich glaube, die Linke muss originellere Vorschläge machen, als das bedingungslose Grundeinkommen. DiEM25 setzt sich zum Beispiel für etwas ein, das wir »bedingungslose Grunddividende« nennen. Das heißt, man braucht kein Geld vom Staat für all diejenigen, die abgehängt wurden und keine Arbeit haben, weil das Geld nicht aus Steuern und Umverteilung kommt, sondern direkt aus den Unternehmenssteuern und -dividenden. Ich glaube, das ist es, was wir jetzt brauchen – Lösungen aus der Zukunft und nicht aus der Vergangenheit.

FB: Stammt aber die Vision des radikalen Internationalismus in letzter Instanz nicht in ähnlicher Weise aus der Vergangenheit,

wenn man die konkreten Umsetzungspläne ansieht? Derzeit gibt es ja eine vermeintlich radikale Gegenvariante zu den nationalen Tendenzen der Nationalisierung der Linken: das Projekt, die Nation abzuschaffen, zumindest institutionell. Wir heben die Nationalparlamente auf und bilden einen europäischen Zentralstaat mit einem souveränen Parlament, einer Zentralregierung und einer gemeinsamen Armee. Doch diese große Vision bedeutet eigentlich nichts anderes, als das Modell des nationalen Zentralstaats in identischer Form auf Europa zu spiegeln und territorial auf den ganzen Kontinent zu erweitern, als ob die Legitimationskrise, die die nationalstaatlichen Regierungen derzeit durchlaufen, durch ihre Abschaffung beseitigt werden könnte. Führt das nicht eher dazu, dass das Machtgefälle zwischen Zentrum und Peripherie noch brutaler wird? Bedeutet die Ausschaltung einer souveränen Entscheidungsebene zwischen regionaler und transnationaler Struktur nicht in der Realität, den Fortschritt der Dezentralisierung, den jetzt diverse europäische Nationalstaaten nach mühsamen Prozess in den letzten Jahren bei sich durchgesetzt haben, auf europäischer Ebene wieder rückgängig zu machen?

SH: Nein, wir leben bereits in dieser Situation. Wenn das griechische Beispiel uns irgendetwas gezeigt hat, dann, dass die griechische Nationalbank und die griechische Regierung keine Souveränität gegenüber der sogenannten Troika hatten. Die Europäische Zentralbank war viel mächtiger als die griechische Nationalbank und der griechische Finanzminister. In Kroatien ist es dasselbe, denn bereits heute – nicht in einer internationalistischen Utopie, sondern in der »Utopie« der Europäischen Union – sind 85 % der Banken in Kroatien ausländische Banken: deutsche, französische, italienische Banken. So ist es auch in anderen Ländern der europäischen Peripherie. Ehemals staatliche Aufgaben wie die Infrastruktur, die Autobahnen, selbst die Schienennetze und die Energieversorgung werden privatisiert und von Unternehmen aus dem Kerngebiet der Europäischen Union übernommen. Die Rechtspopulisten in manchen dieser Länder tun so, als würden sie die Souveränität zurückbringen können, während sie hintenrum Geschäfte mit großen internationalen Unternehmen machen. Es wäre ein Fehler zu sagen, dass man durch den Rückzug auf den

Nationalstaat, selbst als Linke, in der Lage wäre, die nationale Souveränität zu verteidigen. Ich glaube, diese Vorstellung ist utopisch.

FB: Ich wollte auch gar nicht vorschlagen, die Nationalstaaten weiter zu stärken, sondern, im Gegenteil, sie zur Abgabe von Souveränität auf eine übernationale Ebene bewegen. Ich frage mich nur, ob die Tatsache, sie als Souveränitätsträger zu neutralisieren, gleichzeitig aber ihre Struktur auf europäischer Ebene zu reduplizieren, irgendetwas zu einer Lösung beiträgt.

SH: Gut, ich glaube, dass das Konzept der Souveränität sich so sehr ändert, dass weder die Rechtspopulisten noch die Linksnationalisten die nationale Souveränität zerstören werden – das wird der Kapitalismus selbst tun.

Es wird libertäre Utopien geben.

Es verändert sich so sehr, dass man sich die europäischen Städte fast wie große Republiken vorstellen kann. Ich sehe mehr kleine Städte, die ihre eigene Souveränität haben werden. Barcelona, vielleicht Neapel. Es wird libertäre Utopien geben wie Seastead, das Projekt von Peter Thiel, dem Gründer von Palantir. Das werden Inseln sein, die nach Jahrzehnten der Erderwärmung auf dem Meer schwimmen, mit eigenen Regeln und Gesetzen. Ich sage aber nicht, dass unsere einzige Lösung die Gründung einer supranationalen Einheit wäre, wie der Bürgerstaat im Kant'schen Sinne. Aber wenn wir die größten Gefahren für unseren Planeten – wie den Klimawandel – wirklich angehen wollen, müssen wir Kant ernstnehmen.

FB: Solche eher mikrostrukturellen oder inselhaften Veränderungen bleiben allerdings hinter den Herausforderungen einer echten Demokratisierung Europas zurück. Einerseits weil, wie Yanis Varoufakis aus seiner Zeit als Minister beschreibt, die EU selbst undemokratische Parallelstrukturen wie die Eurogruppe gebildet hat, die in der europäischen Verfassung überhaupt keinen institutionellen Status und somit keinerlei demokratische Legitimität und definierte Befugnis besitzt, gleichzeitig aber eine Alleinherrscherin von Entscheidungen geworden ist, deren Entscheidungen von den Minister_innen der Mitgliedstaaten einfach nur noch abgenickt werden. Deshalb ist im Programm von DiEM25 ja eine Demokratisierung der

Institutionen mit der Rückübertragung von Entscheidungsgewalt an bestehende, durch Wahlen legitimierte Organismen und die Schaffung neuer, demokratisch begründeter supranationaler Organismen auch so zentral. Das alleine allerdings ändert – und das ist die andere, entscheidende Seite – die Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht.

SH: Ja, aber ich glaube trotzdem, dass wir – und damit kommen wir zurück zu Horizontalität und Vertikalität – diese Institutionen brutal für uns nutzen müssen. Wer waren die erfolgreichsten Abgeordneten im Europäischen Parlament? Marine Le Pen und Nigel Farage. Warum? Weil sie das Parlament als Theater nutzten, als Bühne. Nach der Brexit-Abstimmung hielt Farage vor dem EU-Parlament eine große Rede und alle – Konservative, Sozialdemokraten, Linke – waren vereint im Gelächter über ihn. Aber draußen hat niemand gelacht. Die Menschen haben für das abgestimmt, wofür Farage im Europäischen Parlament eintrat. Das Europäische Parlament kann eine hervorragende Möglichkeit sein, die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen und Wahlkampf zu führen. Auf der anderen Seite hat es eine Infrastruktur, die Menschen auf sehr konkrete Weise helfen kann. Kürzlich hat eine sozialdemokratische Abgeordnete aus Kroatien herausgefunden, dass die Menschen im Balkan Lebensmittel bekommen, die qualitativ viel schlechter sind als die in Deutschland. Über das EU-Parlament hat sie diesen Zustand geändert. Man kann also diese kleinen Verbesserungen durchsetzen, die den Menschen wichtig sind. Auf der anderen Seite glaube ich, dass das EU-Parlament in den nächsten Jahren eine europäische Verfassung auf den Weg bringen sollte, so utopisch das auch klingen mag. Und ich glaube, dass wir zusätzlich neue Institutionen aufbauen müssen: Alternative Wirtschaftsmodelle, Kooperativen. Auf der einen Seite müssen wir uns in radikal veränderte bestehende Institutionen einbringen, weil sie nicht einfach verschwinden werden, auf der anderen Seite müssen wir eigene Institutionen in allen möglichen Bereichen aufbauen.

FB: An was denkst du konkret? Welche neuen Institutionen – und welche Änderungen der bestehenden?

SH: Eine Möglichkeit wäre mehr Transparenz, zum Beispiel innerhalb der

Eurogruppe. Es könnten zumindest die Sitzungsprotokolle veröffentlicht werden. Man bräuchte dann eine freie Presse, die in der Lage wäre, sie zu interpretieren. Aber deine andere Frage ist interessanter, glaube ich. Allein in Katalonien gibt es zum Beispiel 600 Kooperativen. Diese Kooperativen, manche davon sind Kommunen, in denen 10 oder 20 Menschen zusammen leben, definieren unserer Vorstellungen von der Bedeutung des Privatbesitzes, des Geldes und des Wertes neu. In Griechenland entstanden nach der sogenannten Kartoffelbewegung und dem Referendum verschiedene alternative Märkte, die nichts mit der Regierung oder mit Syriza zu tun hatten. Es gab Menschen, die unter Umgehung der Supermärkte Waren austauschten. Die Kooperativen in den verschiedenen europäischen Ländern könnten untereinander vernetzt sein, dass so der Endverbraucher ein Produkt aus Spanien oder Griechenland kaufen und das Geld direkt an den Produzenten geben kann. Das wäre keine Revolution, aber eine große Veränderung innerhalb des globalen kapitalistischen Systems. Es wäre ein System im System, das anfangs, die Menschen anders zu behandeln, indem man statt Geld Waren oder Dienstleistungen direkt miteinander tauscht.

Die faschistische Weltrevolution?

FB: Womöglich sind uns die anderen allerdings schon voraus. Die eigentlich echten Anarchisten sind ja die Neoliberalen, die an eine unsichtbare Hand glauben, die auch ohne Herrscher und Institutionen funktioniert. Andererseits gibt es spätestens seit der letzten Wirtschaftskrise auch so etwas wie eine faschistische Internationale, die sich besser miteinander verbunden hat als die sich immer mehr fragmentierende und nationalisierende Linke, die einst den Internationalismus erfunden hat. Sollte in dieser Situation innerhalb der kapitalistischen Konjunkturen in den nächsten fünf oder zehn Jahren noch mal eine Wirtschaftskrise wie die von 2008 eintreten – sind dann nicht eigentlich die bereits bestehenden rechten oder, besser gesagt, regelrecht faschistischen Netzwerke, inzwischen so gut entwickelt, dass das der Moment ist, wo sie dieses Mal siegreich werden? Die faschistische Weltrevolution?

SH: Leider leben wir in einer Zeit, die mit den letzten Jahren der Weimarer Republik

vergleichbar ist, mit dem »Narko-Kapitalismus«, wenn man so will, wie er damals existierte – der Begriff stammt aus dem gleichnamigen Buch von Laurent de Sutter. Auch Norman Ohler hat in seinem Buch »Der totale Rausch« die Beziehung von Kapitalismus und Drogen, aber ebenso Drogen und Nazismus sehr schön illustriert. Warum ist »Babylon Berlin« so populär, und das nicht nur in Deutschland? Weil es die Welt in einer Art von Interregnum zeigt: Das Alte ist noch nicht tot, das Neue noch nicht geboren. Die Linke kämpft auf den Straßen und wird vom Regime unterdrückt. Es gibt wahnsinnig viele Drogen, von Kokain bis zu allem anderen. Es gibt Prostituierte, Kabarett, Musik, man fühlt, dass das Zeitalter sich seinem Ende neigt – und das war alles vor Hitlers Aufstieg. Wir befinden uns heute in einer ähnlichen Situation, sie ist nur aufgrund der fortgeschrittenen Technologie noch gefährlicher. Die technologische Infrastruktur ist inzwischen so weit entwickelt, dass Konzentrationslager von künstlicher Intelligenz geführt werden könnten. Ich glaube wirklich, dass das, was kommen wird, viel schlimmer sein wird als das, was schon passiert ist.

FB: Als all das, was in den 1930ern passiert ist?

SH: Ja, und in den 1940ern. Bislang hatten die Mächtigen nie die Möglichkeit, eine Gesellschaft mittels »Wahrnehmungsmanagement« zu kontrollieren. Das bedeutet, die Menschen durch einen gezielten Informationsfluss in ihren Gedanken, Gefühlen und so letztlich in ihrem Verhalten zu beeinflussen.

Die ohnmächtige Reaktion des europäischen Establishments während der Eurokrise hat erst zum Aufstieg der faschistischen Internationalen geführt.

Das haben wir bei Cambridge Analytica und Facebook bereits erlebt. Die Technologie wird genutzt, um Informationen über Menschen zu sammeln und sie dann in verschiedene Kategorien einzuteilen. In Schweden und Großbritannien gibt es bereits Pilotprojekte mit Mikrochips, die in die Hand eingesetzt werden, die dann zum Bezahlen benutzt werden können, oder um sich auszuweisen. Das ist ein dystopisches Szenario. In diesem Sinne hast du Recht, die faschistische Internationale hat großen Zulauf, aber sie ist nur

eine Seite der Medaille. Die andere ist die neoliberale Internationale. Die ohnmächtige Reaktion des europäischen Establishments während der Eurokrise hat erst zum Aufstieg der faschistischen Internationalen geführt. Wenn wir dieses Spiel vermeiden wollen, uns zwischen Hillary Clinton und Donald Trump beziehungsweise Friedrich Merz mit seinen beiden Flugzeugen und der AfD entscheiden zu müssen, müssen wir uns klar darüber werden, dass sie einander beeinflussen und wir müssen dann eine dritte Option schaffen: radikalen Internationalismus. Das heißt nicht, dass man nicht auf lokaler Ebene verwurzelt mit seinem Partner oder seiner Partnerin, seinen Freund_innen eine neue Welt oder ökonomische Kooperativen aufbauen kann. Internationalismus bedeutet, dass man darüber hinaus mit den ganzen anderen progressiven Bewegungen verbunden ist. Im Dezember haben wir ein großes Event mit Bernie Sanders in Vermont, bei dem wir gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten, dem isländischen Premierminister und mit Bolsonaros Gegner Fernando Haddad, der in Brasilien 45% erreichte, eine progressive Internationale ins Leben gerufen haben. Ohne diese Verbindungen wären wir vollkommen verloren.

FB: Im Übrigen ist es gar nicht so, dass ich Einwände gegen die internationalistische Lösung habe. Ich stelle dir nur die bohrenden Fragen, die ich mir selber stelle, weil ich natürlich auch gerne an die Chancen einer internationalistischen Lösung glauben möchte. Nur wenn du mir von »Babylon Berlin« und den 1920er Jahren erzählst, muss ich unwillkürlich an deinen Namensvetter, »den anderen Horváth« mit »th« denken, der das Stück »Italienische Nacht«, das wir gerade inszeniert haben, genau am Ende dieser 1920er Jahre schrieb, als die Linke sich in ihren Spaltungen selbst handlungsunfähig machte und den auf der Straße marschierenden Faschisten nichts entgegenzusetzen hatten. Im Stück wird eine linke Veranstaltung von einem Trupp bewaffneter Faschisten gesprengt. Einige Monate später fand genau diese beschriebene Sprengung einer SPD-Veranstaltung durch NSDAP-Angehörige in Ödön von Horváths eigenem Wohnort statt – und er selbst saß im Saal und musste später sogar in einem Gerichtsprozess als Zeuge dazu aussagen, weshalb die NSDAP am Tag ihrer Machtergreifung dann sein Haus durch SA-Leute durchsuchen ließ. Er hatte diese politischen

Ereignisse literarisch prognostiziert – und konnte dem in der Realität nichts entgegensetzen. Für uns fühlte es sich ähnlich an, als wir unsere Proben im vergangenen Frühling für mehrere Monate unterbrechen mussten, und sich in dieser Probenpause plötzlich die äußere Realität mehr und mehr dem annäherte, was wir Monate vorher auf der Probephase einstudiert hatten. Und deshalb stelle ich die Frage nach den realen Chancen und Strategien des Internationalismus und danach, was zu tun ist – gerade in dieser Situation des Déjà-vus, in der auf uns zustoßt, was wir befürchteten.

SH: Was du über Horváths Stück an der Schaubühne sagst, ist interessant und richtig. Fiktion dringt immer mehr in die Realität ein, und die Realität wird zu einer postmodernen, postfaktischen Realität.

Kunst und Kultur müssen neue Welten erschaffen, eine neue Sprache, Fantasie und Hoffnung.

Ich denke, eine wichtige Frage, die man sich in Kunst und Kultur stellen muss, ist: Wie kann und sollen Künstler_innen reagieren? Ich glaube nicht, dass Abbildung, Repräsentativkunst ausreicht. Ich glaube, Kunst und Kultur müssen neue Welten erschaffen, eine neue Sprache, Fantasie und Hoffnung. Sie müssen etwas schaffen, das so neu ist, dass wir hinterher nicht einfach nach Hause gehen und uns schlafen legen können. Und eine letzte Anmerkung noch zum Internationalismus: Vielleicht brauchen wir etwas, das mehr ist als bloßer Internationalismus, etwas, das über den Internationalismus hinausgeht. Was ist Internationalismus? Er impliziert schon das »Dazwischen«, er bedeutet Kooperation zwischen den Nationen. Wir brauchen einen Transnationalismus, der über den Nationalstaat hinausgeht. Jedoch nicht diese naive Vorstellung, dass wir uns jetzt von den Nationalstaaten befreien könnten und sie einfach verschwinden. Nein, vermutlich werden sie noch eine ganze Weile dableiben. Wir müssen das ganze Konzept der Nationen hinter uns lassen.

Aus dem Englischen von Alexander Kasbohm